Anerkennung für Selbsthilfegruppen in BW Ministerin Karin Altpeter mit Vertretern im Gespräch

Ministerin mit Vertretern im Gespräch
20.01.2012

Im Rahmen ihres Besuches im Landkreis Heidenheim führte Sozialministerin Katrin Altpeter ein Gespräch mit rund 30 Vertretern der örtlichen und regionalen Selbsthilfegruppen. Im Beisein von SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Stoch und Josef Bühler von der AOK Ostwürttemberg sprach sich zunächst Klaus Köder von der Kontaktstelle für gesundheitliche Selbsthilfegruppen bei der AOK dafür aus, dass die Politik in Bezug auf die Anerkennung der Selbsthilfegruppen weg von den Sonntagsreden kommen sollte.

Ministerin Katrin Altpeter, KLaus Köder, Andreas Stoch, Karl-Eugen Siegel stehend inmitten der Vertreterinnen und Vertreter der Selbsthilfegruppen

Der Besuch der Sozialministerin und das gemeinsame Gespräch mit den ehrenamtlich Tätigen in den Selbsthilfegruppen sei ein positives Signal für einen neuen Politikstil.
In der anschließenden Diskussion wies Katrin Altpeter darauf hin, dass für die Landesregierung die Selbsthilfe-gruppen eine wichtige Säule in der in Aufbau befindlichen „Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg“
seien. Die Interessen der Patienten sollten in den Mittelpunkt der Gesundheitsprävention gestellt werden.

So sei es geplant, in regionalen Gesundheitskonferenzen mit den Beteiligten, insbesondere auch den Selbsthilfegruppen, die Ziele der Prävention zu beraten. Im Landeshaushalt würden die Selbsthilfegruppen zudem mit rund 220 000 Euro jährlich gefördert. Auf Anregung aus dem Teilnehmerkreis sagte Altpeter zu, sich verstärkt für die Anerkennung und Wertschätzung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Selbsthilfegruppen, vor allem im betrieblichen Alltag einzusetzen.

Hier müsse man darauf achten, dass es durch die zunehmend umfangreicheren Aufgabenstellungen nicht

zu einer Überlastung der verantwortlichen Gruppenteilnehmer oder sogar zu einem Missbrauch ehrenamt-lichen Engagements komme. Zudem will die Ministerin im Rahmen der Kontakte mit den kommunalen Spitzenverbänden darauf dringen, dass die dezentral in den Städten und Gemeinden angesiedelten Selbsthilfegruppen eine aktive logistische und organisatorische Unterstützung durch die Kommunen erfahren.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Stoch lobte die engagierte Arbeit der örtlichen Selbsthilfegruppen im Landkreis. Er sagte zu, sich im Rahmen der aktuellen Ausschreibung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Heidenheim dafür einzusetzen,dass die wichtige Thematik der Barrierefreiheit im OPNV angemessen berücksichtigt werde.

Artikel: entnommen Heidenheimer Zeitung, Dienstag 24,. Januar 2012, S 10
Foto: Büro des Abgeordneten A. Stoch